



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

wir Deutschen haben endlich eine Regierung. Vielleicht nicht die schönste und tollste der Welt, aber eine, die bisher in stürmischen Zeiten das Ruder so führte, dass es uns Deutschen vergleichbar am besten geht.

Ich frage mich immer wieder neu, woher kommt

auch immer unglücklicher fühlen. Mich erfreuen an dem was ich habe, was mein Leben auch vergleichbar an Schönerem enthält, bringt auch ein anderes Verhältnis zu politischen Kräften.

Dankbarkeit ist die Quelle von Glück sagen uns die Glücksforscher. Ich wünschte Ihnen allen ein Stück von dem Glücksgefühl, was mich immer wieder neu bewegt, wenn ich



das Unbehagen, woher kommen Angst und Wut? Es wächst die unrealistische Erwartung an Politiker, diese Gefühle zu nehmen oder zumindest zu mindern. Diese werden das nicht schaffen. Denn wer sich immer nur mit denen vergleicht, denen es scheinbar besser geht, weil sie mehr an Geld oder Macht oder Status besitzen, der wird sich

daran denke, in Deutschland nach der Barbarei des Faschismus geboren zu sein, in einem reichen Land mit vielen Möglichkeiten leben zu dürfen, Demokratie mit der Möglichkeit alle vier Jahre in einem großen Volksentscheid die Richtung zu wählen, der ich Problemlösung zutraue. Das alles lasse ich mir nicht von immer negativ denkenden Menschen,

auch nicht von „schlecht redenden“ Journalisten ausreden, die z.B. nach der Kanzlerwahl von „einer hauchdünnen Mehrheit für Frau Merkel“ und von deren „Führungsschwäche und Visionslosigkeit“ sprachen.

Gerade weil Frau Merkel nicht alle Mikrofone zu jeder Zeit lautstark bedient, sondern Kraft aus Ruhe und Besonnenheit sucht, gefällt sie den Journalisten nicht, deren Erwartung auf Sensation, Aufregung, Spektakuläres gerichtet ist. Obwohl die große Koalition nicht meine Wunschregierung ist, so bin ich doch dankbar, dass wir sie endlich haben und einen sozialpolitisch guten Weg ausgehandelt haben, der hoffentlich auch haltbar ist und deren Inhalte hoffentlich auch noch nach 2021 bezahlbar sind.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

Änderung zu § 219 a StGB wird ausgesetzt

In einem Koalitionsvertrag stimmen Koalitionsparteien grundsätzlich überein, keinen Antrag gegen ihrem Partner einzubringen oder zu unterstützen. Aber genau das wollte die SPD tun und zusammen mit einer erkennbaren Mehrheit von Linken, Grünen und Liberalen (gegen der CDU und der AfD), Information und Werbung für Schwangerschaftsabbrüche durch Streichung des § 219 a StGB straffrei stellen.

Intensive Gespräche unseres Fraktionsvorsitzenden mit der SPD führten dazu, dass die SPD auf diesen offensichtlichen Bruch des Koalitionsfriedens zunächst verzichtet und die neue Regierung beauftragt, mögliche Lösungen für diese unterschiedliche Wertung des § 219 a zu finden.

Einen Kompromiss in der Sache kann ich mir selbst schwer vorstellen, denn der

§219 a ist ein Schutz des grundsätzlichen Verbots von Abreibung in unserem Grundgesetz. Wer diesen Schutzwall niederreißen will, hat offensichtlich nur ein Interesse: Die Abreibung wird zum erlaubten, unregulierten Gebrauch freigegeben. Dem aber steht (wie lange noch?) unser Grundgesetz entgegen. Zumindest begünstigt er eine solche Entwicklung.

Kein Kampf zu Lasten getrennt lebender Kinder

Die FDP-Fraktion hatte am Donnerstag einen Antrag (19/1175) eingebracht, mit dem das Wechselmodell bei der Kinderbetreuung im Fall der Trennung der Eltern als Regelfall gesetzlich festgeschrieben werden soll.

Die Linke brachte dazu einen Gegenantrag ein, deren Inhalt sich gegen eine Festschreibung des Wechselmodells als Regelfall ausspricht.

Zuallererst muss bei einer Trennung der Eltern immer das Wohl des Kindes oder der Kinder an erster Stellen stehen. Die Kinder haben sich diesen Weg nicht ausgesucht. Die Kinder erfahren schmerzhaft was Verlust bedeutet. Es darf nicht darum gehen, was für die Eltern gerecht ist. Jedes Elternteil sollte sich hinterfragen, was den betroffenen Kindern am bes-

ten dient. Im Zweifelsfall können sie sich gemeinsam auf das Wechselmodell einigen. Deshalb brauchen wir dazu keine gesetzliche Festlegung. Das Ringen um Zugang zum eigenen Kind darf nicht in einem Kampf zwischen Vater und Mutter werden. Dann werden die Kinder zu Opfern. Der „Kaukasische Kreidekreis“ könnte bei diesem Antrag anregend wirken.

Große Resonanz beim Bürgergespräch in Frankfurt (Oder)

Erstaunlich viele interessierte Frankfurter Bürger folgten meiner Einladung zum öffentli-

chen Bürgergespräch in Frankfurt. Unter der Überschrift „Politik hautnah erle-

ben“ haben wir eine offene und kontroverse Diskussion über bundes- sowie kommunalpolitische Themen geführt. Außer dem Flüchtlingsthema war ein großer Teil unserer Diskussion dem Thema „Rente“ gewidmet. Vor allem die nach dem Koalitionsvertrag geplante Einführung der Grundrente stieß bei den Teilnehmern auf große Zustimmung. Weil die Resonanz des Bürgergesprächs stark war, freue ich mich schon auf das nächste Gespräch am 6. April in Eisenhüttenstadt.



Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Pflicht zur Arbeit, damit Integration gelingt

Am vergangenen Freitag habe ich den Leiter der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in Frankfurt (Oder), Jochem Freyer, getroffen. Ich habe mit ihm darüber gesprochen, welche Instrumente es gibt, verpflichtende Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen.

Es geht um einfache Tätigkeiten, die keine Sprachkenntnisse erfordern und die einen Einsatz von ca. 20 bis 30 Stunden pro Woche umfassen. Es sollten vor allem auch Tätigkeiten sein, die die Flüchtlinge in Kontakt mit Deutschen bringen. Denn

dann lernen sie auch die deutsche Sprache und Kultur kennen. Mit Herrn Freyer habe

ich vereinbart, das Thema weiterzuverfolgen und dazu einen Arbeitskreis einzurichten.



Im Austausch mit Jochem Freyer, Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit Frankfurt (Oder)

Junge Freiwillige zu Besuch im Bundestag

Immer wieder gerne empfangen ich junge Besucher im Bundestag, die mit interessanten und neugierigen Fragen für viel Gesprächsstoff sorgen.

Ich freue mich über die jungen Menschen, die

im Rahmen des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) ein ganzes Jahr ihres Lebens hilfebedürftigen Menschen schenken. Sie sind damit auch das nachwachsende sichere Fundament unserer Gesellschaft.

Im Übrigen rege ich an, solche Dienste auch für kinderreiche Familien verfügbar zu machen um diese zu entlasten und ggf. in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.

